



Deutscher Akademischer Austauschdienst
German Academic Exchange Service

Neues aus Brüssel

Newsletter DAAD Brüssel •
Juni 2026

01. Juli 2026

Inhaltsverzeichnis

Editorial

Übergeordnetes

Bildung und Forschung

Auswärtiges

Digitales

Kurznachrichten

Publikationen

Veranstaltungen

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Der zyprische Ratsvorsitz hat im Juni die Verhandlungsbox für den MFR 2028–2034 vorgelegt. Sie deutet auf Budgetkürzungen im Vergleich zum Kommissionsvorschlag und der Position des Europäischen Parlaments hin. Die endgültige Ratsposition bleibt angesichts der anhaltenden Uneinigkeit der Mitgliedstaaten wohl voraussichtlich bis Jahresende offen. Eine überarbeitete Fassung wird im Oktober erwartet und diskutiert.

Zu den im Juni veröffentlichten Verhandlungspositionen zu „Horizon Europe“ und „Global Europe“ berichten wir hier.

Auch für den Europäischen Wettbewerbsfonds (ECF) hat der Rat inzwischen seine Verhandlungsposition vorgelegt ([Link](#)). Anders als der Berichtsentwurf des EU-Parlaments ([Link](#)), hält der Rat am Vorschlag der Kommission fest, Ausschreibungen für die Horizon Europe-Verbundforschung in einen eigenen Teil der ECF-Arbeitsprogramme zu integrieren. Diese Frage könnte zu einem zentralen Knackpunkt in den trilateralen Verhandlungen werden.

Im Bereich der digitalen Bildung hat der European Digital Education Hub sein vierjähriges Bestehen mit einem Flaggschiff-Event in Brüssel markiert.

Beim vom DAAD organisierten Syrien-Rundtischs in Brüssel wurde erneut deutlich: Hochschulbildung und Forschung sind nicht nur Sektoren des

Wiederaufbaus, sondern seine strukturelle Grundlage. Durch die Qualifizierung von Fachkräften, die Förderung von Talenten und internationale Kooperation leisten sie einen entscheidenden Beitrag zu Stabilität, nachhaltigem Wiederaufbau und Frieden.

Wir wünschen einen erholsamen Sommer und melden uns in zwei Monaten mit einer zusammengefassten Ausgabe für Juli und August zurück.

Wir wünschen eine angenehme Lektüre!

Ihre Tanja Kreetz

Übergeordnetes

2. Halbjahr 2026: Irische Ratspräsidentschaft strebt Fortschritte bei MFR-Verhandlungen an

Vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 2026 wird Irland zum achten Mal den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernehmen. Irland wird die Arbeit der vorangegangenen zyprischen Präsidentschaft fortsetzen und dabei im Rahmen des Ratstrios eng mit Zypern und Polen zusammenarbeiten. Zu den Prioritäten des Rates gehören die Förderung von Wohlstand und Wohlergehen durch Wettbewerbsfähigkeit, die Wahrung der Werte, auf denen die EU beruht, sowie die Stärkung der Sicherheit zum Schutz der EU-Bürger.

[Zum ausführlichen Bericht des Büro](#)

[Brüssel](#)

Zyprischer Ratsvorsitz stellt Verhandlungsbox für den MFR 2028-2034 vor

Am 11. Juni hat die zyprische EU-Ratspräsidentschaft die erste vollständige Fassung der sogenannten „Negotiating Box“ zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028–2034 vorgestellt, die die zentralen politischen und finanziellen Verhandlungspunkte für den künftigen EU-Haushalt bündelt. Während das Europäische Parlament eine deutliche Aufstockung des Budgets fordert, liegt der Vorschlag der zyprischen Ratspräsidentschaft mit einem Gesamtvolumen von 1,95 Billionen € rund 2 Prozent unter dem Vorschlag der Europäischen Kommission (1,98 Billionen €). Das Parlament setzt sich hingegen für einen MFR in Höhe von 2,2 Billionen € ein.

Noch deutlicher fallen die Kürzungen gegenüber dem Kommissionsvorschlag in den Bereichen Forschung und Innovation, Bildung sowie internationale Zusammenarbeit aus. Die Ratspräsidentschaft schlägt hier Budgetansätze vor,

die jeweils rund 4,1 % unter den Kommissionsvorschlägen liegen: Für Horizon Europe sind 167,88 Mrd. € vorgesehen (Kommission: 175 Mrd. €, Parlament: 200 Mrd. €), für Erasmus+ 39,17 Mrd. € (Kommission: 40,83 Mrd. €, Parlament: 47,39 Mrd. €) und für Global Europe 192,06 Mrd. € (Kommission: 200,31 Mrd. €, Parlament: 224,37 Mrd. €).

Während des Rates „Allgemeine Angelegenheiten“ am 16. Juni 2026 fand eine Orientierungsaussprache über den in der „Negotiating Box“ vorgestellten Verhandlungsrahmen für den MFR 2028–2034 statt ([Link](#)). Es wurde deutlich, dass es nach wie vor große Unterschiede in der Position der EU-Mitgliedsländer gibt und dass eine konsolidierte Ratsposition frühestens Ende des Jahres wahrscheinlich ist.

Zur Verhandlungsbox des Ratsvorsitzes

EU-Kommission: Spring Semester Package – Forschung, Bildung und Digitalisierung: Kontinuitäten in den EU-Empfehlungen an Deutschland (2019-2025)

Am 3. Juni legte die Europäische Kommission ihre Frühjahrsanalyse 2026 und die länderspezifischen Empfehlungen für die EU-Mitgliedstaaten vor. Die Berichte bewerten die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in den einzelnen Ländern und geben Aufschluss darüber, in welchem Umfang die Empfehlungen der vergangenen Jahre bereits umgesetzt wurden. Obwohl Deutschland dieses Mal nicht in die vertiefte Analyse der Mitgliedsstaaten einbezogen wurde, lassen sich anhand der in der Datenbank aufgeführten länderspezifischen Empfehlungen dennoch Trends erkennen.

Im Bereich Forschung und Innovation lag der Fokus im Jahr 2025 stärker auf der Förderung von Technologietransfer, Unternehmensgründungen sowie der Finanzierung transformativer Innovationen. Die Fortschritte in diesem Bereich bewertet die Kommission überwiegend so, dass einige Fortschritte („some progress“) erzielt wurden.

Wiederkehrende Empfehlungen im Bildungsbereich beziehen sich auf die Verbesserung der Bildungsergebnisse, insbesondere für benachteiligte Gruppen, die Stärkung digitaler und grundlegender Kompetenzen sowie die Bekämpfung des Fachkräftemangels. Die Bewertungen der Kommission fallen hier überwiegend deutlich zurückhaltender aus („Limited progress“). Bildung wird dabei zunehmend nicht nur als gesellschaftspolitische, sondern auch als wirtschafts- und wettbewerbspolitische Aufgabe verstanden.

Als Querschnittsthema zieht sich die Digitalisierung durch nahezu alle Empfehlungen. Sie umfasst den Ausbau digitaler Infrastrukturen, die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung sowie die Förderung digitaler Kompetenzen in Wirtschaft und Bildung. Insgesamt verdeutlichen die wiederkehrenden Empfehlungen, dass zentrale strukturelle Herausforderungen in Deutschland trotz einzelner Fortschritte weiterhin bestehen und langfristige politische Anstrengungen erfordern.

Zur Datenbank mit länderspezifischen Empfehlungen der Kommission

Zum Spring Semester Package 2026

EU-Kommission schlägt Mittel (für Verpflichtungen) in Höhe von 200 Mrd. € für EU-Jahreshaushalt 2027 vor

Am 10. Juni 2026 hat die EU-Kommission Mittel (für Verpflichtungen) in Höhe von 200 Mrd. € für den EU-Jahreshaushalt 2027 vorgeschlagen. Mit dem Haushaltsplanentwurf 2027 verfolgt die Kommission die Prioritäten der Union in den Bereichen Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit, Verteidigung, Asyl- und Migrationsmanagement, sauberer und digitaler Wandel, Vorsorge und Resilienz. Bestehende politische Prioritäten sollen fortgeführt werden, gleichzeitig soll die EU besser auf aktuelle und zukünftige Herausforderungen vorbereitet werden. Auch die Unterstützung der Ukraine ist weiterhin vorgesehen.

Mittel für Leitprogramme wie Erasmus+, die Fazilität „Connecting Europe“ und das Binnenmarktprogramm sollen leicht aufgestockt werden. Auch die Landwirtschaft wird weiterhin unterstützt, um die Ernährungssicherheit der Union zu gewährleisten, und um die wirtschaftliche Stabilität und die Entwicklung ländlicher Gebiete zu fördern. Im ersten vollständigen Jahr der Umsetzung des Asyl- und Migrationspakets werden den Mitgliedstaaten durch Aufstockungen des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) und des Instruments für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik, zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Der Plan muss durch den Rat und das Parlament ausgehandelt werden, damit er vor Jahresende angenommen werden kann.

Zum Artikel des Büro Brüssel

Bildung und Forschung

EFR: Fortschritte bei allen Prioritäten trotz bleibender struktureller Herausforderungen

Mit dem am 01. Juni 2026 veröffentlichten „European Research Area (ERA) Scoreboard 2025“ werden das bisherige ERA-Scoreboard und das Dashboard zu einem integrierten Monitoring-Instrument zusammengeführt. Aus dieser dritten Ausgabe des Scoreboards geht hervor, dass von 2010 bis 2023 in zentralen Forschungs- und Innovationsbereichen in der EU, den Mitgliedstaaten und den mit „Horizon Europe“ assoziierten Ländern weiterhin Fortschritte bei mehreren Teilprioritäten erzielt wurde. Positive Entwicklungen zeigen sich etwa bei den Synergien mit der Sektor- und Industriepolitik sowie beim Engagement der Bürger und der Gesellschaft für Forschung und Innovation. Im Scoreboard wird jedoch

auch deutlich, dass weiterhin erhebliche strukturelle Herausforderungen bestehen. Die Unterschiede zwischen den Ländern bleiben bestehen, die Annäherung hat sich in einigen Bereichen verlangsamt, und ohne nachhaltige Reformen, eine bessere Koordinierung von Investitionen sowie eine engere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und über Sektorengrenzen hinweg, stehe Europas Innovationskraft und seine globale Wettbewerbsfähigkeit in Gefahr. Verbesserungsbedarf wird insbesondere in Bereichen wie Investitionen für Forschung und Entwicklung, offene Wissenschaft, Gleichstellung der Geschlechter, Forschenden-Karrieren und -Mobilität sowie globales Engagement festgestellt.

[Zum ausführlichen Bericht des Büro Brüssel](#)

Europäischer Bildungsraum: Rat einigt sich auf Fahrplan bis 2030

Am 29. Juni Der Rat hat eine Entschließung gebilligt, die als Leitfaden für die Zusammenarbeit auf EU-Ebene auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung bis 2030 dienen wird.

Am 29. Juni hat der Rat die Ratsentschließung über den zweiten Zyklus des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung mit Blick auf den Europäischen Bildungsraum (EBR, 2026-2030) verabschiedet. Damit wird das Arbeitsprogramm für die Zusammenarbeit auf EU-Ebene in diesen Bereichen für die nächsten fünf Jahre festgelegt und die im Jahr 2021 angenommene Entschlüsseungen zum strategischen Rahmen und zur Governance-Struktur aktualisiert.

Der Rat bekräftigt sein Ziel, den EBR zu verwirklichen und die Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten im Bildungsbereich weiter zu vertiefen. Er legt einen besonderen Schwerpunkt darauf, die derzeitige Governance-Struktur des EBR zu erhalten. Außerdem betont der Rat die Notwendigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes für die allgemeine und berufliche Bildung, um das Potenzial des Einzelnen und der Gesellschaft optimal zu nutzen. Synergien zwischen dem strategischen Rahmen und der Union der Kompetenzen sollen genutzt werden. Die Entschließung beinhaltet ein aktualisiertes Paket von sechs strategischen Prioritäten, jeweils mit zu erreichenden Zielen hinterlegt, die in einem gemeinsamen Dokument zusammengeführt wurden:

- Lese- und Schreibkompetenzen, Mathematik und Naturwissenschaften für alle
- Entwicklung digitaler Kompetenzen und politische Bildung
- Verwirklichung von lebenslangem Lernen und Mobilität für alle
- Verbesserung der Attraktivität, der Kompetenzen und der Motivation in Berufen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung
- Förderung von beruflicher Aus- und Weiterbildung
- Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulbildung in Europa

[Zur Pressemitteilung](#)

Horizon Europe 2028-2034: Rat veröffentlicht Partielle Allgemeine Ausrichtung

Die am 26. Juni 2026 vereinbarte partielle allgemeine Ausrichtung (Partial General Approach, PGA) des Rates zum 10. Rahmenprogramm (der Verordnungsvorschlag „Horizont Europa 2028–2034“) führt eine Reihe gezielter politischer Änderungen ein, die darauf abzielen,

- die Rolle der Mitgliedstaaten bei der strategischen Programmplanung zu stärken: über den Ausschuss für den Europäischen Forschungs- und Innovationsraum (ERAC) hinsichtlich der F&I-Ausrichtungen,
- die Beziehung zum Europäischen Wettbewerbsfonds (ECF) als komplementär und synergetisch zu definieren: gestärkt durch gemeinsame Sitzungen mit dem Generalausschuss des ECF, insbesondere in Bezug auf Säule II
- die Steuerung und Umsetzung anzupassen: durch Beibehaltung des vierjährigen, verlängerbaren Mandats für den Vorsitz des ERC sowie
- die Bottom-up-Aspekte der MSCA zu betonen
- Stärkung der Forschungssicherheit,

wobei Haushaltsfragen bis zum Abschluss der Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) noch offen bleiben.

Im Hinblick auf die Forschungssicherheit führt der Kompromisstext eine eigene Definition sowie einen spezifischen Artikel ein, der den Rahmen für die Ermittlung, Bewertung und Minderung von Risiken im Zusammenhang mit Forschungs- und Innovationsaktivitäten festlegt. Er präzisiert ferner die Maßnahmen, die in „begründeten Fällen“ angewendet werden können, um unter anderem Teilnahmebeschränkungen, Anforderungen in Bezug auf die Ergebnisse und zusätzliche Schutzvorkehrungen festzulegen. Gleichzeitig sollen diese Bestimmungen weiterhin einen risikobasierten und verhältnismäßigen Ansatz während der gesamten Programmdurchführung fördern und den Grundsatz wahren, so offen wie möglich und so geschlossen wie nötig zu sein.

Zur Pressemitteilung des Rats

Horizon Europe: Reaktion des EU-Parlaments auf die Bekanntgabe der Ratsposition

Christian Ehlers, Horizon Europe-Berichtersteller im ITRE-Ausschuss des EU-Parlaments, begrüßt, dass sich Parlament und Rat bei der Unabhängigkeit des European Research Councils (ERC) und der Rolle der European Innovation Councils (EIC)-Präsidenschaft einig seien. Gleichzeitig kritisiert er, dass Verweise auf die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung aus dem Kommissionsvorschlag gestrichen wurden. Die Übertragung der Steuerung von Säule 2 an die ECF-Governance hält Ehlers für einen strategischen Fehler, da dies zulasten der Horizon-Europe-Mittel gehen könne. Insgesamt warnt er vor einer zunehmenden Machtkonzentration in der Bürokratie und einer daraus resultierenden Minderung des Einflusses von Forschenden und Innovatoren. Das

Parlament werde sich weiterhin für ein Forschungsprogramm einsetzen, das die Wissenschaftsfreiheit schützt und exzellente Forschung zum Nutzen von Gesellschaft und Wirtschaft ermöglicht, so Ehlers.

Zum LinkedIn-Post

FP10: Europäische Stakeholder-Organisationen fordern angemessenen und verhältnismäßigen Ansatz zur Forschungssicherheit

Europäische Stakeholder im Hochschulbereich, darunter die European University Association (EUA), begrüßen die Beibehaltung eines eigenständigen Rahmenprogramms, sehen jedoch Anpassungsbedarf bei Forschungsfreiheit, internationaler Zusammenarbeit, Forschungssicherheit und Governance. Zwar werde Forschungssicherheit im aktuellen Ansatz stark betont und angesichts geopolitischer Spannungen als notwendig erachtet, sie müsse jedoch verhältnismäßig und an tatsächlichen Risiken ausgereicht sein. Europäische Exzellenz basiere auf Offenheit und internationaler Kooperation; Sicherheitsmaßnahmen dürften daher keine unnötigen Hürden schaffen oder unverhältnismäßige Belastungen verursachen, sondern müssten durch geeignete Unterstützungsmaßnahmen flankiert werden. The Guild fordert einen einfacheren, stärker verhältnismäßigen Ansatz und schlägt vor, die Übertragung der EU-Präferenzregeln aus dem European Competitiveness Fund (ECF) auf FP10 zu streichen und durch spezifische Regeln zur Forschungssicherheit zu ersetzen, die Risiken von Kooperation und Nichtkooperation gleichermaßen berücksichtigen.

Zur Stellungnahme der EUA

Zur Stellungnahme von The Guild

Union of Skills: Gründung des Europäischen Hochrangigen Ausschusses für Kompetenzen

Die EU-Kommission im Bereich Bildung und Kompetenzen hat einen neuen Beirat: Der Europäische Hochrangige Ausschuss für Kompetenzen soll im Rahmen der Union of Skills zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Europas und zur Bewältigung des Arbeitskräftemangels beitragen. Er steht in beratender Funktion und bringt Unternehmen, Anbieter von allgemeiner und beruflicher Bildung und Sozialpartner zusammen, um Orientierungshilfe für eine steigende Kompetenzentwicklung zu bieten. Die Empfehlungen sollen vor allem auf verbesserte Bildung, berufliche Weiterbildung und lebenslanges Lernen hinwirken. Der Ausschuss stützt seine Arbeit auf die Ergebnisse des durch die Union of Skills eingerichteten European Skills Intelligence Observatory, der im Juni sein erstes Policy Brief an den Ausschuss gerichtet hat ([Link](#)).

Vorsitzende des Ausschusses ist die schwedische Politikerin Ylva Johansson. Die

erste reguläre Sitzung des Europäischen Hochrangiger Ausschuss für Kompetenzen fand am 15 Juni 2026 statt und beschäftigte sich unter anderem mit branchenübergreifenden Partnerschaften für lebenslanges Lernen sowie flexible Einstiegsmöglichkeiten in MINT-Berufe.

[Zur Kommissionswebsite](#)

EU-Kommission: Jahresbericht 2025 zu EU-Forschung und technologische Entwicklung und „Horizont Europa“

Am 28. Mai 2026 hat die EU-Kommission den Jahresbericht über die Tätigkeiten der EU im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung und über die Überwachung von „Horizont Europa“ im Jahr 2025 veröffentlicht. Dazu gehört die Rolle von Forschung und Innovation (FuI) bei der Umsetzung von EU-Initiativen wie „Choose Europe“, der EU-Start-up und Scale-up-Strategie sowie der Europäischen Strategie für Forschungs- und Technologieinfrastrukturen, die zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit beitragen sollen. Auf sektoraler Ebene wurden im vergangenen Jahr EU-Aktionspläne, -Visionen und -Strategien, etwa in den Bereichen Bioökonomie, Biowissenschaft, Automobilindustrie, chemische Industrie, europäische Weltraumwirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung, sowie der Europäische Biotech-Rechtsakt veröffentlicht.

[Zum Jahresbericht](#)

Europäischer Forschungsrat: Start der ERC-Plus-Grants für visionäre Wissenschaft in Europa

Der Europäische Forschungsrat (ERC) hat am 2. Juni 2026 die Ausschreibung für die ERC-Plus-Förderung veröffentlicht. Mit diesem neuen Förderinstrument will die EU ambitionierte, transformative und bahnbrechende Forschung in Europa fördern und vorantreiben. Ziel ist, es, Europas Position als globales Zentrum für wissenschaftliche Exzellenz zu stärken, die Attraktivität Europas für Forschende zu steigern, die weltweit besten wissenschaftlichen Talente anzuziehen und zu halten, und damit die langfristige Wettbewerbsfähigkeit des Kontinents zu stärken. Dafür hat die EU-Kommission ein Budget von 210 Millionen Euro im Rahmen der – insgesamt im Zeitraum 2025-2027 im Rahmen der „Choose Europe“-Initiative umfassenden Budget in Höhe von 874 Millionen Euro – bereitgestellt. Pro Projekt werden bis zu 7 Mio. € über einen Zeitraum von maximal sieben Jahren bereitgestellt und herausragende Forschende aller Nationalitäten gefördert, deren bahnbrechende Ideen das Potenzial haben, ganze Forschungsbereiche neu zu definieren. Es wird erwartet, dass im Rahmen dieser ersten Ausschreibungsrunde etwa 30 Projekte gefördert werden können.

[Zur Pressemitteilung](#)

Die Europäische Union und Australien schließen Verhandlungen über „Horizont Europa“ erfolgreich ab

Am 9. Juni haben die EU-Kommission und Australien die Verhandlungen über die Assoziierung Australiens am EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, „Horizont Europa“, erfolgreich abgeschlossen. Australien wird sich an Säule II von „Horizont Europa“ beteiligen, die sich mit gesellschaftlichen Herausforderungen in den Bereichen Digitalisierung, Industrie und Weltraum, Klima, Energie und Mobilität sowie Ernährung, Bioökonomie und Landwirtschaft befasst. Ab Januar 2027 werden australische Einrichtungen direkten, routinemäßigen Zugang zu EU-Fördermitteln im Rahmen von Säule II zu den gleichen Bedingungen wie den EU-Mitgliedstaaten erhalten, sodass sie beispielsweise Projektkonsortien leiten können. Derzeit sind 22 Nicht-EU-Länder mit „Horizont Europa“ assoziiert: Albanien, Armenien, Bosnien und Herzegowina, Kanada, Ägypten, die Färöer-Inseln, Georgien, Island, Israel, Korea, Kosovo, Moldau, Montenegro, Neuseeland, Nordmazedonien, Norwegen, Serbien, die Schweiz, die Türkei, Tunesien, die Ukraine und das Vereinigte Königreich. Die Verhandlungen über eine Assoziierung mit Japan und Australien wurden erfolgreich abgeschlossen.

Zur Pressemitteilung

EU-Parlament: Interparlamentarisches Ausschusstreffen (ICM) zu Erasmus+, Europäischem Solidaritätskorps und Kreatives Europa

Der CULT-Ausschuss des EU-Parlaments veranstaltete am 3. Juni 2026 gemeinsam mit der Direktion für Beziehungen zu den nationalen Parlamenten ein Interparlamentarisches Ausschusstreffen (ICM) zu den Programmen Erasmus+, Europäisches Solidaritätskorps und Kreatives Europa. Ziel war der Austausch von Erfahrungen zur laufenden Programmgeneration sowie die Diskussion der künftigen Programme 2028–2034 (Erasmus+ und AgoraEU). Im Fokus stand die Einbindung nationaler Parlamente und die Einholung ihrer Positionen zu den Programmen. Für den Bundesrat nahmen Rainer Robra (CDU/EVP) und Henrike Franz teil.

Zum ausführlichen Bericht des Büro Brüssel

EU-Kommission: Shaping student mobility beyond 2027: ESCI+ Conference highlights

Der am 12. Juni durch die EU-Kommission veröffentlichte Artikel „Shaping student mobility beyond 2027: ESCI+ Conference highlights über das Treffen der European Student Card Initiative (ESCI) Community“ berichtet über die Ergebnisse der am 11. Juni 2026 in Brüssel organisierten Konferenz zur ESCI+-Konsultation. An der Konferenz nahmen über 220 Teilnehmende, darunter Vertretende aus Behörden, Hochschulen, Studierendenvertretungen, Studierendenservices, und Digital Officers der nationalen Erasmus+ Agenturen, ESCI-Champions sowie weitere Stakeholder, in Präsenz, sowie mehrere Hunderte Teilnehmende online teil. Im Rahmen der Konferenz wurden die

Ergebnisse der Konsultation vorgestellt, in thematischen Sessions ein Dialog angestoßen und in einer eigens dafür anberaumten Preisverleihung die Arbeit der ESCI-Champions gewürdigt.

[Zum Artikel](#)

Auswärtiges

EU und Vietnam vertiefen ihre Partnerschaft in Wissenschaft, Technologie und Innovation

Am 27. Mai 2026 wurde in Hanoi eine Absichtserklärung zur Stärkung der Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft, Technologie und Innovation zwischen der Europäischen Union und Vietnam unterzeichnet.

Ziel ist die Ausweitung der bilateralen Beziehungen durch verstärkte Mobilität von Forschenden, Wissensaustausch, Innovationspartnerschaften und engere Verbindungen zwischen Forschenden und Industrie. Vietnam ist bereits aktiv an Horizont Europa in Bereichen wie digitale Technologien, Gesundheit und grüne Innovationen beteiligt.

Die Kooperation zwischen der EU und Vietnam basiert auf der Erklärung zu einer strategischen Partnerschaft aus dem Januar 2026, der ersten ihrer Art zwischen der EU und einem ASEAN-Staat.

[Zur Pressemitteilung](#)

EU-Republik Korea Gipfeltreffen

Am 10. Juni 2026 fand das 11. EU-Republik Korea Gipfeltreffen in Brüssel statt. Im Mittelpunkt standen die Stärkung der bilateralen Partnerschaften und Kooperationen in den Bereichen Handel, Investitionen, Verteidigung, Sicherheit, digitale Technologien, Energie und Forschung, sowie der Austausch über aktuelle geopolitische Entwicklungen.

In der im Rahmen des Gipfels veröffentlichten gemeinsamen Erklärung kündigten die Staats- und Regierungschefs unter anderem an, die Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Kultur, Forschung und Innovation auszubauen. Insbesondere durch das Erasmus+ Programm und die Marie Skłodowska-Curie Maßnahmen sollen akademische Austauschprogramme und Kooperationsprojekte zwischen Hochschuleinrichtungen weiter gestärkt werden. Darüber hinaus soll die Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung und Innovation im Rahmen von Horizont Europa vorangebracht und der Austausch von Forschenden intensiviert werden. Entsprechend wird die mögliche Einbindung der Republik Korea in das nächste Rahmenprogramm für Forschung und Innovation geprüft.

[Zur Pressemitteilung](#)

[Zum Joint Statement](#)

Rat verabschiedet Schlussfolgerungen zu Global Gateway

In der am 15. Juni 2026 verabschiedeten Schlussfolgerung des Rates der EU bekräftigt dieser Global Gateway als weltweite Investitionsstrategie und Kernelement des auswärtigen Handelns der EU.

Der Rat unterstreicht seine Rolle bei der Festlegung der politischen Ausrichtung der Strategie und fordert eine stärkere Einbindung der Mitgliedstaaten, europäischer Unternehmen und der Zivilgesellschaft sowie eine verbesserte Steuerung, eine klare Projektauswahl und eine engere Koordination zwischen den EU-Akteuren. Die Schaffung von Synergien zwischen dem auswärtigen Handeln der EU und EU-Politikbereichen wie Wettbewerbsfähigkeit, Digitalisierung, Bildung und Forschung wird betont.

Ein kontinuierlicher Dialog mit Partnerländern und Interessengruppen soll die Entwicklung von Global Gateway im Einklang mit globalen Herausforderungen und Chancen sicherstellen.

[Zum ausführlichen Bericht des Büro Brüssel](#)[Zur Pressemitteilung](#)[Zu den Schlussfolgerungen des Rats](#)

Rat einigt sich auf partielles Mandat für „Global Europe“

Am 16. Juni 2026 verabschiedete der Rat der Europäischen Union seine partielle Verhandlungsposition, die das Mandat für die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament über Global Europe bildet.

Der Ratsbeschluss soll sicherstellen, dass Global Europe ein flexibles und effektives Instrument bleibt, während den Mitgliedstaaten eine stärkere Rolle bei der Festlegung strategischer Prioritäten und bei der Überwachung der Implementierung zukommt. Ein stärkerer Fokus liegt auf Erweiterung und Europäischer Nachbarschaft und einer verbesserten Fähigkeit des Instruments auf Migration sowie aufkommende Herausforderungen in einem zunehmend komplexen geopolitischen Umfeld zu reagieren.

Die Rolle von Global Gateway als Strategie der EU für nachhaltige und vertrauensvolle Partnerschaften in den Bereichen Digitalisierung, Klima und Energie, Verkehr, Gesundheit, Bildung und Forschung wird in den Programmzielen gestärkt.

[Zur Pressemitteilung](#)[Zur partiellen allgemeinen Ausrichtung des Rats](#)

Stärkung der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Kasachstan

Am 23. Juni 2026 kamen in Brüssel die Staats- und Regierungschefs aus Kasachstan und der EU zusammen, um gemeinsamen Wohlstand, Resilienz, nachhaltige Entwicklung und Stabilität zu fördern. Damit bekräftigen sie das im Jahr 2015 geschlossen Abkommen über eine verstärkte Partnerschaft und Zusammenarbeit (EPCA). Die geopolitische Bedeutung einer strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Kasachstan bezüglich Konnektivität, Energiesicherheit und widerstandsfähige Lieferketten wurde herausgestellt.

Im Rahmen der Global Gateway-Strategie soll insbesondere die Kooperation in den Sektoren kritische Rohstoffe, Energie, Verkehr, Digitalisierung und neue Technologien gestärkt werden. Auch die Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation, unter anderem von Erasmus+ und Horizont Europa soll ausgebaut werden. Beide Parteien begrüßten die Unterzeichnung des horizontalen Luftverkehrsabkommens, und den Abschluss der Gespräche zu Visaerleichterungen und Rückübernahme. Zudem wurde die Bedeutung des Engagements in der Zusammenarbeit für den Klimaschutz und die Energiewende betont sowie der verstärkten Kooperation mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD).

Zur Pressemitteilung

EU-Moldau Gipfeltreffen

Am 22. Juni 2026 fand das EU-Moldau Gipfeltreffen in Brüssel statt, auf dem die Stärkung der Partnerschaft zwischen der EU und Moldau und die strategische Bedeutung der Zukunft Moldaus in der EU hervorgehoben wurden.

Im Juni 2022 hat Moldau den Status eines EU-Bewerberlandes erhalten. Die Beitrittsverhandlungen wurden im Juni 2024 förmlich aufgenommen. Am 15. Juni 2026 starteten erste Verhandlungen über Cluster 1 „Wesentliche Elemente“. Die erheblichen Reformfortschritte Moldaus zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte wurden begrüßt. Die EU wird die schrittweise Integration Moldaus in den EU-Binnenmarkt weiterhin unterstützen. Vor dem Hintergrund des anhaltenden russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine wurde das Engagement für die Souveränität, Sicherheit und Resilienz Moldaus bekräftigt.

Die EU und Moldau haben bei dem Gipfeltreffen eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, in der unter anderem die Unterstützung einer engeren Assoziierung Moldaus mit dem Programm Erasmus+ sowie die Unterzeichnung der Forschungsrahmenvereinbarung zwischen der EU und Moldau festgehalten wurden. Bei dieser handelt es sich um eine nicht bindende Vereinbarung über die Zusammenarbeit in einer Reihe von Forschungsbereichen mit Strategien für intelligente Spezialisierung und Innovationspolitik.

Zum Joint Statement

der Community veröffentlicht, um den Austausch und Wissenstransfer zu fördern. Einreichungen waren bis zum **30. Juni 2026** möglich.

Mehr erfahren

Collaborate for Impact — Fortschritte für europäische digitale Bildung und Kompetenzen

Am 18. Juni 2026 fand in Brüssel das Flagship-Event des European Digital Education Hub unter dem Motto „Collaborate for Impact: Advancing European Digital Education and Skills“ statt. Zum vierjährigen Bestehen kamen erstmals 150 Personen aus 28 Ländern persönlich zusammen – darunter Lehrende, Entscheidungstragende, Forschende, EdTech-Fachleute und Community-Mitglieder.

Das Programm griff aktuelle Schwerpunkte der europäischen Digitalisierung im Bildungsbereich auf: In den Sessions standen Künstliche Intelligenz, digitale Infrastruktur, Kompetenzen und Wohlbefinden sowie der Beitrag von EdTech zur Wettbewerbsfähigkeit Europas im Mittelpunkt.

Zu den Höhepunkten zählte die Verleihung der [DigiEduHack Awards](#). Seit dem Start 2019 haben mehr als 12.600 Teilnehmende aus 56 Ländern in 303 Hackathons an DigiEduHack mitgewirkt. Die vier internationalen Gewinnerteams des 2025 Digital Education Hackathon stellten in Brüssel ihre Lösungen für aktuelle Herausforderungen der digitalen Bildung vor und zeigten, wie weitreichend und praxisnah Innovation gelebt werden kann.

Im Austausch durch Keynotes, Podiumsdiskussionen und Workshops zeigte sich: Es braucht eine noch engere Zusammenarbeit zwischen Politik, Forschung und Praxis. Das Event unterstrich damit die Bedeutung des Hubs als Plattform für Austausch und Fortschritt in der digitalen Bildung in Europa.

Zur Veranstaltung

Kurznachrichten

Wohnungsnot für Studierende und Auszubildende in der EU

Der Think Tank des Europäischen Parlaments veröffentlichte am 2. Juni 2026 eine Studie zur Problematik der Wohnungsnot für Studierende in der EU, die in besonderem Maße von der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt betroffen sind. Zudem bewertet die Studie die bisherigen Maßnahmen des European Affordable Housing-Plans der EU-Kommission und formuliert sechs politische Empfehlungen zur Verbesserung der Wohnraumsituation für Studierende.

Zur Studie

Austausch zwischen Kultur und Bildungsausschuss und EU-Kommissarin Ekaterina Zaharieva

Am 5. Mai nahm Kommissarin Zaharieva an einer Sitzung des Kultur- und Bildungsausschusses des EU-Parlaments teil. Sie betonte den Aufbau einer starken Forschungs- und Innovationsunion, in der Bildung und Hochschulen eine zentrale Rolle spielen. Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in der Wissenschaft sollen bessere Arbeitsbedingungen, ein europäischer Musterarbeitsvertrag für Forschende sowie ein Kompetenzrahmen für Hochschullehrende geschaffen werden. Zudem sollen Programme wie Horizon Europe und Erasmus+ enger verzahnt und Hochschulen stärker als Zentren für Innovation, Start-ups und die Gewinnung internationaler Talente gefördert werden.

Zum Newsletter des Bildungsausschuss

EU-Migrations- und Asylpaket in Kraft getreten

Ab dem 12. Juni gelten die neuen Regeln des EU-Migrations- und Asylpakets in allen EU-Mitgliedstaaten. Das Paket besteht aus verbindlichen Rechtsvorschriften, die die Art und Weise grundlegend verändern, wie die EU ihre Grenzen verwaltet, Asylanträge bearbeitet und die Aufteilung der Verantwortung unter den Mitgliedstaaten regelt. Die Kommission berichtet, dass die Zahl der illegalen Grenzübertritte im Vergleich zu vor zwei Jahren bereits um gut 55% zurückgegangen sei.

Zur Pressemitteilung der Kommission

Gipfeltreffen EU-Westbalkan

Am 5. Juni 2026 trafen die Führungsspitzen der EU und des Westbalkans in Montenegro zum Thema „Gemeinsamer Wohlstand und gemeinsame Stabilität der EU und des Westbalkans“ zusammen. Das Treffen wurde vom Präsidenten der Europäischen Rates geleitet und vom Präsidenten Montenegros ausgerichtet. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen war ebenfalls präsent. Während des Treffens wurde eine Bilanz über die Fortschritte bei der schrittweisen Integration des Westbalkans in die EU gezogen. Daraufhin wurde erneut das uneingeschränkte und klare Bekenntnis zur Perspektive einer Mitgliedschaft in der EU bekräftigt.

Zur Pressemitteilung

EU-Kommissarin Zaharieva trifft junge Innovatoren in Sofia

Am 5. Juni traf EU-Kommissarin Zaharieva im Rahmen des „Youth Policy Dialogue: Powering Europe's Startup and Scaleup Future“ mit jungen

Innovatorinnen und Innovatoren zusammen. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie die EU Start-ups und Scale-ups künftig besser unterstützen kann. Die Ergebnisse der Diskussion sollen in die zukünftige EU-Politik einfließen und zu einer resilienteren, inklusiveren und wettbewerbsfähigeren Innovationslandschaft beitragen.

[Zur Pressemitteilung](#)

Die Ukraine auf dem Weg in die EU

Im Juni 2026 einigten sich die EU-Staaten darauf, den ersten Block der Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine zu eröffnen (Thema: zentrale Werte und Grundsätze). Im Zuge der Verhandlungen muss die Ukraine Reformen durchführen, um sich den Rechtsvorschriften und Normen der EU anzupassen. Im Bereich Forschung, Innovation und Bildung ist die EU bereits gut integriert. Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen und Bürgerinnen und Bürger nehmen durch Horizont Europa und Erasmus+ bereits an wichtigen EU-Programmen für Forschung, Innovation und Bildung teil.

[Zur Seite der Kommission](#)

[Weiterführende Information zur Unterstützung der Forschung in der Ukraine](#)

Publikationen

Doctoral collaboration with society: Drivers, success factors and ways forward

European UniversityAlliance

[Link zur Publikation](#)

Veranstaltungen

Veranstaltungen im Hochschul- und Forschungskontext finden Sie auf unserer Website.

► [Zur Website](#)

www.daad-brussels.eu/de

[Newsletter Abmeldung](#)

Dieser Newsletter wird bereitgestellt von:
Deutscher Akademischer Austauschdienst e.V.,
rechtlich vertreten durch Herrn Dr. Kai Sicks,
Kennedyallee 50
D-53175 Bonn

Tel.: +49 228 882-0
Fax: +49 228 882-444
E-Mail: buero.bruessel@daad.de
Internet: <https://www.daad.de>

Vertretungsberechtigter Vorstand:
Prof. Dr. Joybrato Mukherjee

Registergericht Bonn
Registernummer VR 2107
Umsatzsteuer-IdNr.: DE122276332

Verantwortlicher i. S. v. § 55 Abs. 2 RStV:
Dr. Kai Sicks

tsleitungDAAD-Büro Brüssel:

Michael Hörig, Leitung
Tanja Kreetz, stellv. Leitung
Larissa Wagner-Schumacher, Referatsleitung
Lisa Reichert, Project & Event Officer
Melissa-Amélie Gibis-Roth, Administrative Officer
Aimee Sander, Policy Officer
Dorothee Nerge, Policy Officer
Larissa Flemming, Praktikantin

Rue d'Arlon 22
B-1050 Brüssel

Tel.: +32 (0) 472560477
E-Mail: buero.brussel@daad.de
Website: www.daad-brussels.eu/de
LinkedIn: www.linkedin.com/company/daad-brussels/

Redaktion

Die Informationen dieses Newsletters wurden sorgfältig von dem Büro Brüssel recherchiert. Es wird jedoch keine Haftung oder Garantie für die Aktualität, Richtigkeit oder Vollständigkeit der bereitgestellten Informationen und externen Links übernommen. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Haftungshinweis

Wir übernehmen keine Haftung für die Inhalte Dritter. Für den Inhalt verlinkter Seiten sind ausschließlich deren Betreiber zuständig.

Copyright © by DAAD e.V.

Der Inhalt dieses Newsletters ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten. Die Verwendung des Textes - auch auszugsweise - und der Bilder ohne vorheriges schriftliches Einverständnis des DAAD ist nicht gestattet.

Der DAAD ist ein Verein der deutschen Hochschulen und ihrer Studierendenschaften. Er wird institutionell gefördert durch das Auswärtige Amt.